



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen



Bericht aus dem Landtag in Düsseldorf

Die wichtigsten Themen der Plenarwoche

Attacke in Altena war Angriff auf die Demokratie

Landtagspräsident André Kuper hat die Messerattacke auf den Bürgermeister von Altena als „Angriff auf die Demokratie“ verurteilt. „Die Tat traf Andreas Hollstein, aber sie zielte auf uns alle“, sagte Kuper zu Beginn der Plenarwoche in Düsseldorf.

Familienminister sichert flexiblere Kinderbetreuung zu

Minister Joachim Stamp (FDP) sicherte am Mittwoch im Landtag zu, dass die Bedarfe für flexiblere Betreuungsmodelle für Kindergartenkinder analysiert werden. Anlass der Debatte war ein Antrag der SPD-Opposition; Die Sozialdemokraten mussten sich den Vorwurf gefallen lassen, einen Wunschkatalog mit allen Forderungen vorzulegen, die in sieben rot-grünen Regierungsjahren nicht umgesetzt worden seien.

Das Sozialticket bleibt

Die nordrhein-westfälische Landesregierung will das Sozialticket für Bedürftige auch über das kommende Jahr hinaus mitfinanzieren. Die Erklärung von Minister Hendrik Wüst im Wortlaut steht auf Seite 2 dieses Newsletters.



Daniel Hagemeyer sprach sich in seiner zweiten Rede im Plenum für mehr selbstbestimmtes Wohnen für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf in Nordrhein-Westfalen aus.

„Wenn der Mensch im Mittelpunkt steht und selbst bestimmt, was für ihn als Individuum das Beste ist, dann kann er auch entscheiden, ob er eine ambulante oder stationäre Pflege für sich bevorzugt“, positionierte sich Daniel Hagemeyer für seine Fraktion deutlich zur Wahlfreiheit, zu der auch gehöre, dass ein pflegebedürftiger Mensch grundsätzlich im Familienverbund bleiben kann bzw. dass ein Angehöriger die ambulante Pflege übernimmt.

Ebenso befürwortete der Abgeordnete für den Nordkreis Warendorf, dass Beratungsstellen gebündelt würden, um Wege für Beratungssuchende zu vereinfachen.

Auch die bevorstehende Novelle der Landesbauordnung bezüglich des barrierefreien oder sogar rollstuhlgerechten Aus- und Umbaustandards von Wohnungen wurde in der Debatte thematisiert.



Die CDU Sassenberg zu Besuch im Landtag: die Gruppe um den Vorsitzenden Rudi Völler erhielt interessante Einblicke.

*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346
Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf, Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889
Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen



Zu Besuch im Verkehrsministerium mit den Abgeordneten der Münsterlandrunde



Straßen, Schienen, Wasserwege und Flughäfen im Blick: bei einem Besuch der Münsterlandabgeordneten im Verkehrsministerium von Hendrik Wüst wurden wichtige Straßenbauprojekte aus unserer Heimat ebenso angesprochen wie die Verkehrssituation in Nordrhein-Westfalen insgesamt.

Zur Debatte um die Zukunft des Sozialtickets veröffentlichte der Minister folgende Erklärung im Wortlaut:

„Die Situation, wie wir sie beim Sozialticket vorgefunden haben, ist nicht befriedigend: Die Zuschüsse des Landes für vergünstigte Mobilitätsangebote werden von den Verbänden und Kommunen sehr unterschiedlich eingesetzt. In der Praxis hängt es häufig vom Wohnort der Betroffenen ab, ob sie sich ein Sozialticket überhaupt leisten können. Die Preise und Ticketmodelle variieren sehr stark und es gibt Kreise, die kein Sozialticket anbieten.

Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, das Ticketsystem mittels digitaler Anwendungen stärker landesweit zu vereinheitlichen und auch für Auszubildende ein vergünstigtes Ticket zu ermöglichen. Unsere Absicht ist es, das Ticketsystem in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit den Beteiligten und Nutzern neu zu ordnen und zu vereinfachen. Ziel ist eine Gesamtförderung des Ticketwesens. Erste Gespräche dazu habe ich bereits geführt. Die Debatte in den letzten Tagen hat viel Kritik hervorgerufen. Es ist unbestritten, dass Bedürftige auch in Zukunft zu fairen Preisen mobil sein müssen. Individuelle

Mobilität bedeutet Teilhabe. Deswegen muss es auch in Zukunft ein entsprechendes Angebot geben. Das Jahr 2018 werden wir für die Neuordnung nutzen. Um die Gespräche mit Verbänden und Kommunen zur Einführung eines fairen und effizienten Ticketsystems durch die aktuelle Debatte nicht zu belasten, habe ich mit den Koalitionsfraktionen vereinbart, im Rahmen der Haushaltsberatungen den Ansatz für das Sozialticket in 2018 wieder auf 40 Millionen Euro anzuheben. Die dafür notwendigen Mittel werden im Verkehrshaushalt erwirtschaftet.“

